

II - 2037 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1037/J

1977 - 03 - 18

Anfrage

der Abgeordneten Dr. KOHLMAYER
und Genossen
an den Herrn Bundesminister für Finanzen

betreffend Aussagen von Finanzminister Dr. Androsch bezüglich
einer Entlastung des Bundesbudgets durch verstärkte Eigen-
vorsorge für das Pensionsalter

Seit Finanzminister Dr. Androsch von einer notwendigen Ent-
lastung des Bundesbudgets im Sozialbereich gesprochen hat -
als Möglichkeiten skizzierte Dr. Androsch eine Begrenzung
der Leistungsdynamik sowie eine Verstärkung der Eigenvor-
sorge - , sind vor allem die älteren Menschen in Österreich
schwer verunsichert. Dies hat schließlich sogar dazu geführt,
daß der sozialistische Parteivorstand sich genötigt sah,
eine ausdrückliche Pensionsgarantie abzugeben:

"Die SPÖ garantiert die Pensionen und Renten samt deren
Anpassung an die steigenden Löhne und Gehälter."

Nicht nur, daß es seltsam anmutet, wenn eine politische
Partei eine Garantie für die Pensionen abgibt, die vom
dafür zuständigen Finanzminister offensichtlich nicht zu

- 2 -

erhalten war, gab es auch sonst eine Reihe von Widersprüchen. So wurde sowohl von Finanzminister Dr. Androsch als auch von Sozialminister Dr. Weißenberg auf die Möglichkeit der freiwilligen Höherversicherung als einer Form der Eigenvorsorge hingewiesen. Dabei wurde allerdings nicht beachtet, daß auch die freiwillige Höherversicherung in der Pensionsversicherung zu einer Belastung des Bundesbudgets führt.

Aus diesem Grund richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Finanzen folgende

Anfrage:

Welche Fakten veranlassen Sie zu der Annahme, daß das Bundesbudget durch die aus der Inanspruchnahme der freiwilligen Höherversicherung steigenden Pensionsleistungen nicht ebenso belastet wird als durch die normalen Pensionen?